

Christen in der Türkei unerwünscht

Quelle: <http://www.csi-de.de>

Die Türkei hat traditionell große Probleme im Umgang mit ihren religiösen und ethnischen Minderheiten. Die Hoffnung auf eine baldige Verbesserung schwindet derzeit, da sich Europa in der Flüchtlingskrise auf die Partnerschaft mit der Türkei angewiesen sieht.



Katholische Christin betet in Kathedrale in Istanbul (cthr)

Die Türkische Verfassung bezeichnet das Land als laizistischen Rechtsstaat.

Unter Laizismus wird normalerweise eine strenge Trennung von Staat und Religion verstanden.

Der türkische Laizismus sieht dagegen eine staatliche Kontrolle der Religionen vor, um sicherzustellen, dass sich die Religionen neutral verhalten.

Viele Beeinträchtigungen



Protestantische Christen im Gottesdienst in Bursa (wwm)

Auch die verfassungsmäßig gewährleistete Religionsfreiheit wird sehr eng ausgelegt. Folglich gibt es für die christlichen Minderheiten im Land zahlreiche Beeinträchtigungen.

So verbietet der Staat, Pfarrer und christliche Religionslehrer auszubilden.

Der Bau von christlichen Kirchen wird behindert. Immer wieder wurden und

werden Kirchen und Kapellen beschlagnahmt und abgerissen.

Doch die Schwierigkeiten begrenzen sich nicht nur auf die rechtliche Stellung der christlichen Gemeinschaften, sondern setzen sich im privaten Leben fort. So erleben Christen, dass sie bei der Arbeitssuche oder dem Zugang zu staatlichen Stellen diskriminiert werden. Nur ganz selten schaffen sie es, in höhere Positionen der Politik, der Verwaltung oder des Militärs aufzusteigen.

Gemäß dem katholischen Theologen *Timo Güzelmansur*, Leiter der Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle der deutschen Bischofskonferenz, gibt es in der Türkei durchaus eine Kultfreiheit, die es Christen ermöglicht, ihren Glauben privat und innerhalb von bestehenden Kirchenmauern zu leben. Dagegen bliebe ihnen «alles Weitere, was noch mit echter Religionsfreiheit verbunden wäre, verwehrt»

Anfeindungen und Übergriff

Eine Verschärfung der Situation ergibt sich derzeit durch einen neuen Nationalismus. Nach Einschätzung von Güzelmansur wird «viele, was nicht islamisch ist und nicht

eindeutig zum «Türkentum» gehört, zum Feind erklärt». Damit wird eine Atmosphäre der Ablehnung gegen Christen geschaffen, die das Zusammenleben nachhaltig untergräbt. So zogen kurz vor dem Jahreswechsel radikale Muslime durch die Straßen von Istanbul und anderen Städten. Sie trugen Plakate und Banner, auf denen feindselige Parolen gegen das Weihnachtsfest zu lesen waren. Auf einem Banner war ein Weihnachtsmann mit einem Kreuz als Monster abgebildet.

Auch kam es in den letzten Monaten wieder zu gewalttätigen Übergriffen auf Kirchen und Pfarrer. So wurde am 10. September 2015 der Leiter der evangelischen Batikent-Bereket-Kirche in Ankara beschimpft und geschlagen. Erst eine Woche zuvor hatten Unbekannte im als fortschrittlich geltenden Izmir mit einem Jagdgewehr auf den Pastor der Torbali-Baptistenkirche geschossen. Wie durch ein Wunder blieb er unverletzt.

Verletzt wurde hingegen die achtjährige Tochter des protestantischen *Pastors Eyup Badem aus Sanliuфра*. Ende 2014 kam sie blutüberströmt von der Schule nach Hause. Sie wurde von Mitschülern zusammengeschlagen. Pastor Badem selbst war schon mehrmals verprügelt worden.

Mit dem Schrecken davon kamen Ende Februar 2016 Mitglieder der Agape Church Foundation in Samsun. Vier Männer hatten vergeblich versucht, ins Kirchgebäude einzudringen.

Besorgniserregend ist auch die Drohkampagne vom August 2015. Via Email, Facebook und SMS erhielten 20 Pastoren aus 15 protestantischen Kirchen Todesdrohungen im IS-Wortjargon. Verzeichnete das Jahr 2014 insgesamt mindestens 15 derartige Vorfälle, so betrug die Anzahl nur ein Jahr später weit über das Doppelte.

Vieles deutet darauf hin, dass radikale Islamisten hinter den Taten stehen. Die islamistische Politik, die staatliche Unterstützung von islamistischen Rebellengruppen im Syrienkonflikt und der Strom von IS-Unterstützern, die über die Türkei nach Syrien gereist sind, dürften radikalen Kräften in der Türkei weiterhin Auftrieb geben.

Özdemir: «Christen in der Türkei nicht vergessen»

Es scheint also dringend angeraten, dass im politischen Dialog wieder verstärkt auf die Einhaltung von Menschenrechten hingewiesen wird. Der Umgang einer Nation mit ihren Minderheiten bietet einen Gradmesser dafür, wie effektiv Menschenrechte innerhalb einer Gesellschaft sind. So mahnte kürzlich auch *Cem Özdemir*, Parteivorsitzender der Grünen in Deutschland, die Christen in der Türkei nicht zu vergessen.

Als Wortführerin der europäischen Flüchtlingspolitik ist hier insbesondere die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert. Anfang Juli 2015 machte sie anlässlich des Ramadans die Aussage: «Es ist offenkundig, dass der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört.» Merkel hatte zu gegenseitiger Wertschätzung der Religionen aufgerufen. Nun bleibt zu hoffen, dass sie diese Wertschätzung ebenso für die Türkei fordert.